



www.ls-journal.de
ISSN xxxx-xxxx

Jörg Roesler

Die deutsche Währungsunion in Politik und Ökonomie. Eine Analyse der Motive für den Schritt in die Wirtschaftskatastrophe

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 14.4.2005

1. Die Bedeutung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaftsgeschichte

Am 1. Juli 1990 wurden zwei zuvor zwischen den Regierungen de Maizière und Kohl vereinbarte und durch die Parlamente von DDR und BRD mehrheitlich gebilligte Entscheidungen wirksam: Die Währungsunion und die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft durch die Treuhand.

In der Erinnerung der Ostdeutschen ist die Einschätzung beider Maßnahmen höchst unterschiedlich: Mit der Währungsunion hätte jeder etwas Wichtiges bekommen („Westgeld statt Alu-Chips“). Durch die Treuhandanstalt dagegen hätten viele etwas Wichtiges verloren – den Arbeitsplatz.

Unter Wirtschaftswissenschaftlern ist das Urteil zu beiden Maßnahmen mehrheitlich negativ, wenn auch Unterschiede in der Gewichtung gemacht werden. Wilhelm Hankel nannte in seinem 1993 erschienen Buch „Die sieben Todsünden der Vereinigung“ die Währungsunion an erster Stelle. Er schrieb: „Nachdem die Bundesregierung bewusst einen Aufwertungsschock herbeigeführt hat, in dem sie die DM nicht zu einem Umtauschsatz von 1:4 oder 1:5, wie es der Marktbewertung ungefähr entsprechen hätte, einführte, sondern zu dem ‚unrealistischen‘ Satz von 1:1,8 (im gewogenen Durchschnitt aller Geldaktiva und -passiva), darf sie sich nicht wundern, wenn statt des erhofften Wirtschaftswunders das Gegenteil eintritt – eine Wirtschaftskatastrophe.“¹

Wie diese Wirtschaftskatastrophe zustande kam, hat ein anderer Ökonom, Paul Windolf, kurz und knapp so geschildert: „Ende der 80er Jahre hatten die westdeutschen Konzerne beträchtliche Überkapazitäten, ... die ... nach 1989 unmittelbar für den Export nach Ostdeutschland mobilisiert werden konnten. Die Transportwege nach Ostdeutschland waren kurz, und da [...] die gesamte ostdeutsche Bevölkerung westdeutsches (Werbe-)Fernsehen empfangen hatte, waren die westdeutschen Marken-

1. Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin 1993, S. 22. Rein von der Kaufkraft der Mark der DDR für den Verbraucher betrachtet, entsprach der Umtauschsatz mehr oder weniger den Realitäten, wie wiederholte Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die 80er Jahre nachgewiesen haben (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 507).

namen in Ostdeutschland bereits vor 1989 eingeführt. Innerhalb kürzester Zeit wurde der ostdeutsche Markt, der (auch) durch Zölle nicht mehr geschützt werden konnte, von westdeutschen Waren überschwemmt. Dieser unerwartete Absatzschub führte in Westdeutschland zum Wiedervereinigungsboom, in Ostdeutschland zu beschleunigter Deindustrialisierung: Die ostdeutschen Betriebe verloren selbst ihre regionalen Märkte an westdeutsche Konzerne.²

Die Treuhandanstalt bezeichnete Hankel in seinem Buch als „Agent der unerschöpflichen Zerstörung“ und nannte sie in dem von ihm aufgestellten Sündenregister an dritter Stelle.³

Mit Hankels Meinung ist hier die einer Autorität wiedergegeben. Er gilt als Spezialist für Währungs- und Entwicklungspolitik, lehrte u. a. in Harvard und in der Georgetown University, leitete unter Karl Schiller die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium und hat also in seinem Berufsleben sowohl als Wirtschaftstheoretiker als auch als Wirtschaftsfunktionär Erfahrungen gesammelt.

Hankels Analyse ist jedoch – wen wundert das schon – von den Politikern nicht akzeptiert worden. Zeitgenössische Einschätzungen der Währungsunion konzentrierten sich auf die finanztechnische Seite. Es habe eine „reibungslose Ablösung der Ost-Mark-Währung“ gegeben. Das sei „vor allem der generalstabsmäßig perfekten Planung dieser Aktion und der bewundernswerten Disziplin der ostdeutschen Bevölkerung zu verdanken“.⁴

Später, als nicht mehr zu leugnen war, dass die Einführung der DM in der DDR mit einem Produktionseinbruch in Ostdeutschland einherging, der den Niedergang der deutschen Industrie in der Weltwirtschaftskrise noch übertraf – bis Ende 1990 schrumpfte die Industrieproduktion um 60 Prozent⁵ –, als die mit der Einführung der Marktwirtschaft versprochenen „blühenden Landschaften“⁶ nicht zustande kamen, wurde seitens der Politiker, die 1990 die Verantwortung für den Einigungsprozess getragen hatten, die Argumentation entwickelt, dass die Währungsunion nur sichtbar gemacht habe, was durch sozialistische Misswirtschaft entstanden und von den DDR-Behörden verschleiert worden sei. „Die DDR“, so verkündete ihr letzter Ministerpräsident de Maizière auf einer Diskussionsveranstaltung zum 10. Jahrestag der „Wende“ 1999, sei „letztlich wirtschaftlich am Ende gewesen“. Dass das im ersten Halbjahr 1990 noch keiner gemerkt hatte, sei darauf zurückzuführen, dass bis dahin „die westlichen (Wirtschafts-) Institute die Statistischen Jahrbücher DDR abgeschrieben haben und diese für richtig hielten“.⁷ Die Deindustrialisierung des Ostens sei nicht das Werk der BRD, sondern das der DDR selbst gewesen, denn, so noch einmal de Maizière: „Unsere Volkswirtschaft befand sich 1990 weitgehend auf dem Stand von 1950.“⁸

Sieht man von diesen, in der bundesdeutschen Publizistik allerdings weit verbreiteten Rechtfertigungsversuchen⁹ für die Folgen der Währungsunion und das Wirken der Treuhandanstalt einmal ab,

2. Paul Windolf, Die wirtschaftliche Transformation, in: Wolfgang Schluchter/Peter E. Quint (Hrsg.): Der Vereinigungsschock. Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist 2001, S. 397.

3. Wie Anm. 1, S. 42.

4. Hannsjörg F. Buck: Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf 1991, S. 33.

5. Klaus-Peter Schmid: Die späte Rechnung, in: Die Zeit 46/2004, S. 27.

6. So Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1990 in Bonn anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Währungsunion (Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erklärungen und Dokumente, Bonn 1990, S. 9).

7. Revolution oder Implosion? Der Streit um die Bewertung der Wende im Herbst 1989. Materialien einer Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Februar 1999, Berlin 1999, S. 9, 11.

8. Zitiert in Harry Nick: Die DDR auf Null gebracht, in: Neues Deutschland (ND) v. 8.10.2004.

9. Zur kritischen Auseinandersetzung mit ihnen vgl. Karl Mai: Kritischer Rück- und Ausblick nach 13 Jahren deutscher Vereinigung – Ostdeutsche Strukturschwächen und ihre ökonomischen Folgen, in: Helmut Meier (Hrsg.): Uneinige Einheit. Der öffentliche Umgang mit Problemen der deutschen Einheit, Berlin 2005, S. 21–23.

dann stellt sich die Frage, warum ein Schritt mit derart zerstörerischer Wirkung unternommen wurde, oder noch allgemeiner gefragt: Wie konnte es zu diesem folgenreichen Schritt gleich am Anfang des Vereinigungsprozesses und mit einem ökonomisch nicht begründbaren Umtauschverhältnis kommen?

Dabei ist es zweckmäßig, die eine Frage in drei aufzuspalten:

- Warum sollte der Einigungsprozess überhaupt mit einer Währungsunion beginnen?
- Warum sollte mit der Währungsunion so rasch wie möglich begonnen werden?
- Warum wurde der Umtauschkurs so (1:1 bzw. 1: 1,8) und nicht anders festgelegt?

Mit dem Versuch einer seriösen Antwort haben sich die Zeithistoriker inzwischen 15 Jahre lang herumgeschlagen. Sie haben es in zweierlei Hinsicht nicht leicht bei der Lösung dieser Aufgabe:

Erstens müssen sie gegen eine in anderthalb Jahrzehnten aufgebaute, von der Politik autorisierte Argumentation antreten, die inzwischen herrschende Meinung ist.

Zweitens sind im Unterschied zu den Stasiakten und den Archivunterlagen der Regierung Modrow bzw. des Runden Tisches die Akten, die eigentlich entscheidenden Akten der Bundesregierung, vor allem des Bundeskanzleramtes, noch gesperrt.

Im Folgenden will ich einen Überblick geben über die Antworten derjenigen, die das Zustandekommen der deutschen Einheit unter wirtschaftlichen Aspekten untersucht haben, und deren unterschiedliche Erklärungsmuster einer persönlichen Wertung unterziehen.

2. Auffassungen über die Motive zur Währungsunion

Die verbreitetsten Erklärungsmuster zu den Motiven, die zur Einführung der Währungsunion am 1.7.1990 und zum Umtauschsatz 1:1 – für Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und laufende Unterhaltszahlungen sowie für zwei Drittel der Ersparnisse – lassen sich wie folgt klassifizieren.¹⁰

1. Gruppe: Politische Prozesse als Erklärungsmuster.

1.1 Machtpolitisches Kalkül – innenpolitischer Aspekt.

1.2 Ergreifen einer historisch einmaligen zeitlich begrenzten Gelegenheit für die Wiedervereinigung – außenpolitischer Aspekt.

1.3 Die rasche Währungsunion zum Umtauschsatz 1:1 als letzte Chance, politische Prozesse unter Kontrolle zu halten, als Ergebnis von Politiker-Panik.

2. Gruppe: Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster.

2.1 Vertrauen in ein bestimmtes ordnungspolitisches Konzept: das neoliberale.

2.2 Vertrauen in relevante wirtschaftspolitische Erfahrungen bzw. frühere Konzepte zur Einführung der DM in Ostdeutschland (Währungsreform 1948 bzw. die Pläne des Forschungsbeirats).

2.3 Die neuen Länder als willkommenes Experimentierfeld für die Beschleunigung der neoliberalen Wende in der Alt-BRD.

2.4 Die Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel.

Als Akteur wird (mit Ausnahme von 1.3) stets nur die Bundesregierung behandelt. Das ist sicherlich eine Vereinfachung, aber keine, die die Situation im 1. Halbjahr 1990 verfälscht. Die Regierung Modrow und der Runde Tisch, die zwischen Mitte November 1989 und Ende Januar 1990, wenn auch unterschiedlich akzentuiert, für eine bessere und überlebensfähige DDR kämpften¹¹, waren im Februar/März 1990 vorrangig mit Versuchen beschäftigt, das, was sie als Errungenschaften der DDR schätz-

10. Im Folgenden wird dieser Umtausch der Einfachheit halber als Umtausch 1:1 bezeichnet, so wie er von der großen Mehrheit der Bevölkerung gesehen wurde.

11. Seinen Niederschlag fand dieses Bemühen vor allem im Ende Januar vom Ministerrat verabschiedeten und Anfang Februar vom Runden Tisch gebilligten Wirtschaftsreformkonzept (Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990).

ten, juristisch abzusichern. Charakteristisch sind dafür das Treuhandgesetz vom 1.3.1990¹² und das Gewerkschaftsgesetz vom 6.3. 1990¹³. In den letzten sechs Wochen vor den Märzahlen betrachtete sie sich als Übergangsregierung.¹⁴ Die ostdeutschen Wirtschaftswissenschaftler favorisierten den schrittweisen Übergang von der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft der DDR. Sie verstummten allerdings nach den Märzahlen 1990.¹⁵ Unter der nachfolgenden Regierung de Maizière führte Staatsminister Günter Krause im Auftrage des Ministerpräsidenten die Verhandlungen mit der Bundesregierung. Der Chefunterhändler West, Wolfgang Schäuble, urteilte über den Chefunterhändler Ost: „Krause ließ nie den Drang verspüren, irgend etwas aus der alten DDR in das neue Deutschland retten zu wollen.“¹⁶ Die größte Oppositionspartei der Bundesrepublik, die SPD, agierte in Fragen der Währungsunion uneinheitlich, so dass das Eintreten des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine für eine Alternative „zur abrupten Einführung der DM in der DDR“ wenig Wirkung zeitigte.¹⁷

3. Kritik der Erklärungsmuster für die Motive zur Währungsunion

Ich werde dabei so vorgehen, dass ich frage: Was spricht für die jeweiligen Erklärungsmuster? Was spricht gegen sie? Zu welchen Erkenntnissen sind die Zeithistoriker bisher gekommen?

1.1 Das machtpolitische Kalkül

Meist nicht explizit angesprochen, ist es wohl der verbreitetsten Einschätzung der Währungsunion untergelegt: „Politisch war die Aktion ein Erfolg, ökonomisch eine Katastrophe“¹⁸. Diese Aussage impliziert, dass für den Veranstalter, d. h. die Bundesregierung, die politischen Folgen primär, die ökonomischen dagegen nur sekundär erschienen.

Für dieses Erklärungsmuster spricht:

Die Fortsetzung von Kohls bis dahin achtjähriger Kanzlerschaft, der Machterhalt für Kohl und seine Mannschaft war seit 1989 gefährdet. Es gab Gegenkräfte gegen seine Politik innerhalb der CDU. Auch die SPD-Opposition war unter Lafontaine erstarkt. Turnusmäßig waren Bundestagswahlen noch 1990 fällig.¹⁹ Kohl musste deshalb *schnell* einen außerordentlichen Erfolg vorweisen können. Der Kanzler bekam im Dezember 1990 dann tatsächlich erst mit den Stimmen aus den neuen Bundesländern eine komfortable Mehrheit.²⁰

Von den Zeithistorikern hat Fritz Vilmar die „Machtkalkül-Variante“ wohl am prägnantesten beschrieben:

„Die Ursachen für das plötzliche Umschwenken der Regierung in Bezug auf die Währungsunion lagen also nicht etwa in ökonomischen Überlegungen, sondern wurden von politischen Erwägungen der Partei, die sich um ihren Machterhalt sorgte, bestimmt: ... Es bleibt bei der Schlussfolgerung: Allein aus wahltaktischen Gründen wurden die noch kurz zuvor geltenden Vorbehalte und Stufenpläne (für die deutsche Einheit – J. R.) vom Tisch gewischt“.²¹

12. Gesetzblatt (GBl.) der DDR I 1990, S. 110–111.

13. GBl. der DDR 1990, S. 107–108.

14. Hans Modrow im Interview mit Gabriele Oertel und Wolfgang Hübner, in: ND v. 13./14. 11. 2004, S. 3.

15. Vgl. Jörg Roesler: Letzte Ausfahrt Marktsozialismus? in: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe, Berlin 2004, S. 273–292.

16. Wolfgang Schäuble: Der Vertrag: Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 141.

17. Oskar Lafontaine: Das Herz schlägt links, München 1999, S. 17–23.

18. Schmid: Die späte Rechnung, S. 27.

19. Vgl. Vierzig Jahre Deutscher Bundestag. Daten – Namen – Statistik (Deutscher Bundestag, Materialien, Nr. 105), August 1989.

20. Arnulf Baring/Gregor Schöllgen: Kanzler, Krisen, Koalitionen, Berlin 2002, S. 230–238, 254–255.

21. Fritz Vilmar: Die übereilte Währungsunion: eine ökonomische Katastrophe, in: Ders. (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000. S. 149.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Es existieren keine Belege in Form von Memoiren oder gar (vorab veröffentlichten) Primärquellen.

1.2 Ergreifen einer einmaligen Gelegenheit zur Wiedervereinigung („window of opportunity“)

Was spricht für dieses Erklärungsmuster:

Die Erosion der Herrschaft von Gorbatschow/Schewardnadse begann bereits 1989²². Sie war gekennzeichnet durch sich drastisch verschlechternde ökonomische und soziale Bedingungen, ein Aufblühen von Nationalitätenstreitigkeiten und durch Forderungen einzelner Sowjetrepubliken bzw. Regionen nach Unabhängigkeit. Die Machterosion verstärkte sich im ersten Halbjahr 1990.²³ Darüber hinaus existierte in Moskau eine Gegenpartei. Sie umfasste neben den meisten „Germanisten“, den Deutschlandspezialisten im Kreml²⁴, einen Teil der Militärs und des Sicherheitsapparates. Gorbatschow hatte Kohl gegenüber angemerkt, dass es im Falle einer deutschen Vereinigung „eine Zwei-Zeilen-Meldung geben“ werde, „dass ein Marschall meine Position übernommen hat“.²⁵

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Die Haltung von Gorbatschow und Schewardnadse gegenüber der deutschen Einheit war nicht Ausdruck ihrer persönlichen Machtprobleme, sondern Ausdruck der Schwäche des sowjetischen Staates. Auch jede politisch anders ausgerichtete sowjetische Regierung, ob mit oder ohne Marschall an der Spitze, hätte nicht die politische Kraft gehabt, gegen den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik ein Veto einzulegen.²⁶

1.3 Zeitpunkt und Umtauschsatz der Währungsunion waren Resultat der Furcht der Regierenden vor einer drohenden Unregierbarkeit Ostdeutschlands

Dieses Erklärungsmuster hat Anhänger unter denjenigen, die sich mit Zeitgeschichte beschäftigen – nicht nur unter Polithistorikern, auch unter Linken und auch unter Angloamerikanern.

Es geht davon aus, dass auf die letzte DDR-Regierung und damit auch auf die Regierung Kohl seit April 1990 von der Straße erheblicher Druck ausgeübt wurde: Erstens hinsichtlich des Zeitpunktes der Währungsunion („so bald wie möglich“) und zweitens hinsichtlich der Umtauschrate („1:1“).

So vertritt der Brite Gareth Dale die Auffassung, dass dieser Druck bereits im Frühjahr 1990 zu spüren war: „Im Frühjahr 1990 verlangten die Deutschen lauthals eine rapide Verbesserung ihres Lebensstandards durch Einführung der DM. Nach einer Befragung vom 2. März 1990 befürworteten 91 % der Ostdeutschen eine rasche Währungsunion. Die Aussicht auf eine neue Migrationswelle und auf die damit verbundene Instabilität hat Kohl die Hand geführt. Die Währungsunion wurde im Juli Hals über Kopf eingeführt. Es handelte sich um eine Konzession, deren Ziel es war, die Proteste abflauen zu lassen und die Migration aus der DDR in die Bundesrepublik zu verringern.“²⁷

22. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Bd. 3/2001, S. 15–18.

23. Harald Modenhauer/Eva-Maria Stolberg: Chronik der UdSSR. Die wichtigsten Daten und Ereignisse im Überblick, München 1993, S. 233–250.

24. Der Tagesspiegel v. 4.11. 2004.

25. Manfred Görtemaker: Verhandlungen mit den Vier Mächten, in: Der Weg zur Einheit. Deutschland seit Mitte der achtziger Jahre (Informationen zur politischen Bildung H. 260), Bonn 1996, S. 37.

26. Lilija Schewzowa, Das neue Russland. Von Jelzin bis Putin, in: Hans-Hermann Höhmann/Hans-Henning Schröder (Hrsg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, Bonn 2001, S. 29; Modenhauer/Stolberg: Chronik der UdSSR, S. 250–263.

27. Gareth Dale, Between State Capitalism and Globalisation: The Collapse of the East German Economy, Oxford 2004, S. 304–305.

Ähnlich urteilt auch Dales amerikanischer Kollege Charles S. Maier: „Kohl und seine Ratgeber beeilten sich, an der Spitze der Ereignisse zu bleiben, die sie ansonsten ihrer Kontrolle der Ereignisse hätten berauben können.“²⁸

Auch Jan Prieue und Rudolf Hickel sind der Meinung, dass in der DDR im Frühjahr 1990 „die Bewegung ‚D-Mark jetzt!‘ übermächtig“ wurde.²⁹ Konkreter Anlass für eine Verschärfung des Drucks von der Straße war nach Meinung der Autoren das Bekanntwerden eines vom Zentralbankrat der Bundesbank favorisierten Umtauschvorschlags von 2:1 in der DDR am 31. März 1990.³⁰ Sie schreiben: „Ausschließlich konzentriert auf den vorgeschlagenen Umstellungssatz 2:1 geriet die Festlegung der Startbedingungen für die Arbeits- und Sozialeinkommen über Nacht zu einem Politikum. Transparente mit der Forderung 1:1 bestimmten plötzlich die Demonstrationsszene in Ostdeutschland. Ein Generalstreik wurde angedroht. [...] Unter massiven Druck gesetzt, wurde schließlich im Staatsvertrag die Umstellung der Arbeits- und Sozialeinkommen im Verhältnis 1:1 festgesetzt. Der offizielle Umtauschkurs der DDR wurde jenseits der ökonomischen Realität politisch mit 1:1 festgelegt.“³¹

Prieue und Hickel betonen, dass den Regierenden in DDR und BRD angesichts der Stimmung der Bevölkerung keine andere Wahl blieb. „Die beschlossenen Umtauschsätze waren zwar ökonomisch katastrophal, nur diese ließen sich jedoch politisch umsetzen.“³²

Was spricht für dieses Erklärungsmuster?

Tatsächlich gingen nach Angaben des Generalsekretärs der DDR-CDU, Martin Kirchner, nur Stunden, nachdem der Umtauschsatz 2:1 durch eine Indiskretion bekannt geworden war, in der Zentrale in Berlin „zahlreiche Anrufe besorgter Bürger ein, in denen von Wahlbetrug die Rede war, da viele DDR-Bürger die CDU in der Hoffnung auf eine schnelle Wirtschafts- und Währungsunion und einen Umtauschkurs von eins zu eins gewählt hätten“.³³ Am 5. April demonstrierten im Berliner Lustgarten über 100.000 Menschen gegen 2:1-Umtauschpläne. Dem Aufruf des FDGB zu dieser Kundgebung waren über 20 Parteien und Organisationen gefolgt. Zeitgleich fanden in allen 14 Bezirksstädten der DDR ähnliche Kundgebungen statt.³⁴ Am 8. April sah sich Helmut Kohl in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ veranlasst zu erklären, er werde sich für „die normalen Sparer um einen Umtauschkurs bemühen, der 1:1 beträgt“.³⁵ Wenige Tage zuvor hatte er noch der „Financial Times“ versichert, Renten und Löhne würden zu einem weniger günstigen Kurs als 1:1 umgewandelt werden.³⁶ Am 19. April 1990 versuchten die Wirtschaftsminister der DDR und der BRD, Pohl und Hausmann, in einer gemeinsamen Erklärung vor der Presse in Berlin, die 1:1 Regelung erneut in Frage zu stellen.³⁷ Am 20. April akzeptierte die Bundesbank den Umtauschkurs 1:1 „voll und ganz“.³⁸ Zuvor hatte die FDGB-Vorsitzende Helga Mausch in einem Spiegel-Interview Streiks in der DDR nicht ausgeschlossen, wenn die DDR-Regierung den mit 2:1 geplanten Ausverkauf der DDR nicht verhindere.³⁹ Kohl gab sein Versprechen und die Entscheidung der Bundesbank fiel in aller Eile noch bevor sich die neue

28. Charles S. Maier: *Dissolution: The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton 1997, S. 234.

29. Jan Prieue/ Rudolf Hickel, *Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung*, Frankfurt/Main 1992, S. 89.

30. Hannes Bahrman/Christoph Links, *Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, Berlin 1995, S. 181.

31. Prieue/ Hickel: *Der Preis der Einheit*, S. 96.

32. Zeno Zimmerling/Sabine Zimmerling, *Neue Chronik DDR*, 6. Folge, Berlin 1990, S. 97.

33. *Berliner Zeitung* v. 2.4.1990.

34. *Umschau*, in: *Deutschland Archiv* 5/1990, S. 650.

35. Zitiert in: Zimmerling/Zimmerling, *Neue Chronik DDR*, S. 56.

36. *Umschau*, S. 650.

37. *Berliner Zeitung* v. 20.4.1990.

38. Zimmerling/Zimmerling, *Neue Chronik DDR*, S. 98.

39. *Ebenda*, S. 56.

DDR-Regierung überhaupt konstituiert hatte, und über einen Monat bevor am 18. Mai 1990 sich die beiden deutschen Regierungen auf einen gemeinsamen Text zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion geeinigt hatten.

Neben Demonstrationen und Streikdrohungen war es auch zu einem erneuten Ansteigen der Übersiedlerzahlen aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen. Das ließ die Politik das immer häufiger den von Demonstranten auf Plakaten mitgeführten Spruch „Kommt die DM, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr,“ sehr ernst nehmen⁴⁰

Vieles spricht also dafür, dass die Entscheidung über Zeitpunkt und Umtauschkurs der Währungsunion nicht von den Regierenden verhandelt, sondern vom „Volk der DDR“ diktiert wurde.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Dagegen, dass man mit der Währungsunion den Vereinigungsprozess beginnen musste, spricht die sehr frühzeitige Entscheidung in Kohls Kabinett für eine Währungsunion. Diese fiel keinesfalls erst im April, als Kohl in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ versicherte, er wolle die Währungsunion bis zum Sommer 1990 verwirklichen.⁴¹ Sie fiel auch nicht am 17. April, als der Termin für die Währungsunion – 1.7.1990 – erstmals öffentlich genannt wurde, sondern bereits Anfang Februar 1990.

In einer Kabinettsvorlage, datiert vom 2. Februar 1990 hieß es bereits: „Unmittelbar nach den Wahlen am 18. März sollten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR eine Wirtschafts- und Währungsunion schaffen.“⁴² Am 6. Februar 1990 war die Wirtschafts- und Währungsunion bereits Kabinettsbeschluss.⁴³

Anders als im Falle der Platzierung der Währungsunion an den Anfang des Einigungsprozesses scheint dagegen die Höhe des Umtauschsatzes (1:1 statt 1:2) mit Rücksicht auf die Straßenproteste im April zustande gekommen zu sein. Entscheidend für die verheerenden Auswirkungen der Währungsunion auf die ostdeutsche Wirtschaft war jedoch nicht der Umtauschsatz – schließlich ging es nicht um die Entscheidung zwischen dem ökonomisch gerechtfertigten Satz 1:4, sondern um die politisch motivierten Umtauschsätze 1:2 oder 1:1 –, sondern die mit der Währungsunion verbundene vollständige Öffnung des ostdeutschen Marktes, auf die die Betriebe der DDR nicht vorbereitet waren und auch nicht vorbereitet sein konnten.

2. Gruppe: Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster

2.1 Vertrauen auf ein bestimmtes ordnungspolitisches Rezept: das neoliberale

Dafür spricht:

Kohl war promovierter Historiker, Schäuble, sein engster Vertrauter, den er Anfang Februar 1990 mit der Aufsicht über die Ausarbeitung der Wirtschafts- und Währungsunionkonzepte beauftragt hatte und der ab April 1990 die Einheitsverhandlungen mit der de Maizière-Regierung führte, promovierter Jurist: Sie mussten sich also bei Wirtschaftsexperten Rat suchen.

In den westlichen Industrieländern war zu diesem Zeitpunkt die neoliberale Theorie bereits die herrschende. Reagan und Thatcher hatten sie zur Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik gemacht. 1989 hatte

40. Bahrmann/Links, Chronik der Wende, S. 200; Vgl. auch Schmid, Die späte Rechnung, S. 27.

41. Zimmerling/Zimmerling, Neue Chronik DDR, S. 56, 65.

42. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Dokumente zur Deutschlandpolitik), München 1998, S. 751.

43. Ebenda, S. 761. Die Entscheidung des Bundeskabinetts bedeutete noch nicht, dass sich die Öffentlichkeit oder – hier noch wichtiger – die großen Konzerne sofort von der Möglichkeit einer längerfristigen Stufenlösung verabschiedeten. Die Intensität, mit der von Seiten der westdeutschen Konzerne die ab Januar 1990 möglichen Joint-Venture-Projekte weiter vorangetrieben wurden, spricht dafür, dass sie erst nach den Märzahlen auf das Anschlussprojekt der Bundesregierung voll einschwenkten (vgl. Jörg Roesler/Dagmar Semmelmann: „... ohne Energie geht gar nichts!“. Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinatzen zur VFEAG (1980–2001), S. 83–86).

diese Wirtschaftslehre in Form des Washington Consensus sozusagen ihre für die gesamte Welt gültige Formulierung erhalten.⁴⁴ Insofern war es nicht verwunderlich, wenn Kohl sich an einen neoliberalen Ökonomen um Rat wandte: Hans Willgerodt von der Universität Köln. Der lieferte bis März 1990 das gewünschte Gutachten. Dieses bekräftigte Kohls und Schäubles Vorstellungen, dass die Währungsunion in Kombination mit der Einführung der Marktwirtschaft in der DDR unbedingt ein Erfolg werden musste. „Nach Öffnung der Grenze [der DDR – J. R.] für den Freihandel mit der Bundesrepublik,“ hieß es in dem Gutachten, „werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe aufgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbetrag zugeflossen ist. Das vielfältige Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen, wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenüber steht.“⁴⁵

Das konnte von den beiden Politikern nicht anders interpretiert werden, als: Lasst die frische Luft der Marktwirtschaft in die DDR. Alles andere wird der Markt schon selbst regeln.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Das Willgerodtsche Gutachten war keineswegs das erste, das Kohl zum Thema Währungsunion in Händen hielt. Bereits Ende Januar 1990 hatte sich das offizielle Gutachtergremium der Bundesrepublik, der Sachverständigenrat, zur Frage der Währungsunion geäußert und sich zur „Krönungstheorie“ bekannt. Die bedeutete: Der wirtschaftliche Einigungsprozess sollte sich in mehreren Stufen vollziehen, an deren Schluss, gewissermaßen als Krönung der wirtschaftlichen Einigungsmaßnahmen, eine einheitliche Währung steht.⁴⁶

Die „Wirtschaftsweisen“ hatten nach Bekanntwerden des Beschlusses der Bundesregierung, den Einheitsprozess mit der Währungsunion einzuleiten, am 9.2.1990 an den Bundeskanzler geschrieben: „Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel. ... Die Währungsunion sollte nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen. ... Eine Währungsunion, die sich nicht im Gleichschritt mit dem grundlegenden Umbau des Wirtschaftssystems in der DDR vollzieht, verursacht lediglich Kosten, ohne die wirtschaftlichen Aussichten für die Menschen [in der DDR – J. R.] auf eine tragfähigere, bessere Basis zu stellen.“⁴⁷

Kohls Antwort am 16.2. vor dem Bundestag war eindeutig: „In einer solchen Situation geht es um mehr als um Ökonomie, wie wichtig Ökonomie auch ist.“⁴⁸ Es ging dem Kanzler – um es kurz zu fassen – um Politik.

Sehr wahrscheinlich ist, dass sich Kohl das Ökonomie-Gutachten von Willgerodt lediglich zur wirtschaftsideologischen Flankierung seiner politischen Absichten bestellte, nachdem ihm die offiziellen ökonomischen Berater der Bundesregierung so deutlich abgeraten hatten.

2.2 Vertrauen auf relevante wirtschaftspolitische Erfahrungen bzw. frühere Konzepte

Eine Währungsreform war auch dem politischen Zusammenschluss der drei Westzonen zur Bundesrepublik vorausgegangen. Sie war ebenfalls mit einer Wirtschaftsreform – weg von der Bewirtschaft-

44. Daniel Yergin/Joseph Stanislaw: Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts, Frankfurt/New York 1999, S. 325–326.

45. Hans Willgerodt u.a.: Gutachten „Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands“ (Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln), März 1990, S. 43–44.

46. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR. Voraussetzungen und Möglichkeiten, Sondergutachten vom 20. Januar 1990.

47. Deutsche Einheit, S. 778–779, 781.

48. Das Parlament 9–10/1990, S. 2.

tung, hin zur freien Marktwirtschaft – verbunden gewesen. Das jedenfalls war der Hauptinhalt jenes „Leitsatzgesetzes“, das im gleichen Monat wie die Währungsreform beschlossen wurde.⁴⁹ Die Währungsreform von 1948 und ihre – aus der Sicht der nachfolgenden Jahrzehnte – segensreichen Folgen waren in den Köpfen präsent, als das Bundeskabinett Anfang Februar 1990 die Währungs- und Wirtschaftsunion (WWU) zu planen begann. In einem „Vermerk des Regierungsdirektors Nehring“, die geplante WWU betreffend, hieß es abschließend: „Im übrigen: Auch Ludwig Erhard hatte 1948 zunächst mit der Währungsreform und sehr kurz darauf mit der Wirtschaftsreform (z. B. Aufhebung der Bewirtschaftung) begonnen. Gegen massive politische Widerstände schaffte er so den Weg von der Hoffnungslosigkeit zum späteren ‚Wirtschaftswunder‘“.⁵⁰

Im 1952 gegründeten „Forschungsbeirat für die Wiedervereinigung“, einem vom damaligen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eingesetzten Think Tank, der Vorschläge ausarbeiten sollte, wie man mit der ostdeutschen Wirtschaft im Falle des Anschlusses der DDR an die BRD umgehen sollte, wurde den „Währungsproblemen“ von Anfang an Priorität eingeräumt.⁵¹ Im Herbst 1953 hatte der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard den Beiratsmitgliedern gegenüber erklärt: „Als erste Maßnahme wird sich eine Währungsneuordnung in der Sowjetzone, d. h. eine Einbeziehung in unser Währungssystem, als unerlässlich erweisen.“⁵²

Was spricht für dieses Erklärungsmuster?

Kohl war als Historiker aufgeschlossen für geschichtliche Vergleiche. *Er glaubte sich in den Fußstapfen Bismarcks*. Er fühlte sich *auch* als Adenauers Enkel. Damit war die Auffassung von Adenauers langjährigem Wirtschaftsminister für ihn vermutlich sakrosankt. Das waren zwei Gründe, die sein Vertrauen, dass frühere Erfolge sich wiederholen ließen, glaubhaft erscheinen lassen.

Gegen die These, dass die Währungsunion aufgrund der Besinnung auf ähnliche Maßnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik in den Einheitsprozess platziert wurde, *spricht*, dass das Kabinett den mit der beabsichtigten Währungsunion am weitesten konform verlaufenden Prozess in der Geschichte der Bundesrepublik völlig ignorierte⁵³: Die Konversion des Saarfranc in die DM im Zusammenhang mit der Vereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik während der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Das verwundert um so mehr, als die Historiker der Bundesrepublik, allen voran der Chronist der Adenauer-Zeit, Hans-Peter Schwarz, seit Jahren den Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik als „Wiedervereinigung im Kleinen“ bezeichnet hatten.⁵⁴ Der Anschluss des Saarlandes „galt weithin als Modell für das Procedere der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands“.⁵⁵

Warum, so kann man weiter fragen, sind von den bundesdeutschen Vereinigungsverhandlern zwar die Akten des Beitritts der Saar zur Bundesrepublik noch einmal durchgesehen worden, aber nur unter juristischen, nicht unter wirtschaftlichen Aspekten?⁵⁶

Die Antwort ist simpel: Im Falle der Wirtschafts- und Währungsunion an der Saar hatten die Vertragsparteien für die Zeit davor eine wirtschaftliche Übergangszeit für das Saarland von zweieinhalb Jahren eingeplant. „Die Übergangszeit sollte drei Zielen dienen: der Modernisierung der Ausrüstung, dem Aufbau neuer Absatzorganisationen ... und der Anpassung des rechtlichen Rahmens“.⁵⁷ Die

49. Wolfram Weimer, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von der Währungsreform bis zum Euro*, Hamburg 1998, S. 59.

50. *Deutsche Einheit*, S. 761.

51. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: *Erster Tätigkeitsbericht 1952/53 (Auszug)*, Bonn 1954, S. 7, 12, 31, 38.

52. Karl Heinz Roth: *Wirtschaftsplanung als Anschlussplanung*, in: *Ansichten zur Geschichte der DDR* Bd. 9/10, S. 479.

53. Ganz anders als der Kanzlerkandidat der Opposition, Lafontaine (Lafontaine, a. a. O., S. 23).

54. Hans-Peter Schwarz: *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S. 282.

55. Rudolf Morsey: *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 1990, S. 41.

56. Bundesarchiv, Abteilung DDR, DC 20 (Ministerrat der DDR) 6030, unpag.

57. Armin Heinen: *Ein saarländischer Blick zurück in die deutsche Zukunft*, in: *Saarbrücker Zeitung*, 31.3.–1.4.1990.

Übergangszeit erlaubte es der Regierung, den Parteien, den Wirtschaftsvertretern und den Gewerkschaften des Saarlandes im interministeriellen „Wirtschafts- und Sozialausschuss Saar“ bei der Bundesregierung und bei ihren jeweiligen bundesrepublikanischen Partnern mit ihren Vorstellungen für den Tag der Währungsunion vorstellig zu werden. Sie konnten auf die Gefahren der Umstellung aufmerksam machen und den Blick auf die zweckmäßigsten Förderschwerpunkte lenken.⁵⁸ Ein derartiges historisches Vorbild konnte die Bundesregierung, als sie an Stelle eines Stufenprogramms wie einst fürs Saarland eine Schocktherapie für die DDR vorbereitete, nicht gebrauchen.

2.3 Die DDR-Wirtschaft als willkommenes Versuchsfeld für die Beschleunigung der neoliberalen Wende in den alten Ländern

Für dieses Erklärungsmuster spricht, dass drei Kabinette Kohl Schwierigkeiten hatten, die 1982 verkündete politisch-moralische Wende, die auch eine ordnungspolitische in Richtung Neoliberalismus war, bis 1990 vollständig durchzusetzen. Der Wirtschaftshistoriker Zohlhörer hat diese Situation so ausgedrückt: „Erstens kam es in der Folge des Regierungswechsels vom Oktober 1982 tatsächlich in allen betrachteten Politikfeldern zu einem Politikwechsel. ... Zweitens war dieser Politikwechsel insgesamt aber ausgesprochen moderat. ... Was ... im Bereich der Entstaatlichungspolitik durchgesetzt wurde, war in den meisten Fällen im wesentlichen die Umsetzung von EG-Regulierungen“.⁵⁹ Nicht ein zu saches Herangehen, sondern der zähe Widerstand der Gewerkschaften, der SPD und des eigenen Arbeitnehmerflügels (CDA) hatte sich für die schwarzgelbe Bundesregierung als Bremse für neoliberale Höhenflüge erwiesen.⁶⁰

Im Osten hatte die Bundesregierung nach der Abwahl von PDS und den Parteien der Bürgerbewegung, nach der Zerschlagung des FDGB, derartige „vested interests“ wie in den alten Ländern nicht mehr zu fürchten. Schon im Willgerodtschen Gutachten vom März 1990 wurde die günstige Gelegenheit, im Osten ordnungspolitisch zu verwirklichen, was im Westen bisher noch nicht vollständig gelungen war, angesprochen. In Zusammenhang mit der notwendigen Sanierung der Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen schrieb Willgerodt: „Es ist aber keineswegs ausgemacht, dass in diesem Bereich vollständig die staatsmonopolistischen Strukturen der Bundesrepublik übernommen werden müssen. Auch in der Energieversorgung müssen [im Osten – J. R.] nicht ausschließlich staatlich privilegierte Einrichtungen ohne Wettbewerb tätig sein“.⁶¹

Deutlicher wurde in dieser Frage Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) in einem Beitrag über die Aufgaben der Treuhandanstalt im „Bayernkurier“: „Zu den wichtigsten Aufgaben der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft gehört es auch, staatliche Beteiligungen an Unternehmen auf Wettbewerbsmärkten auf wenige, gut begründete Ausnahmefälle zu beschränken.“⁶² Dementsprechend sollte im Osten selbst die Wiederumwandlung von Volkseigentum in Besitz der Städte und Gemeinden (Kommunalisierung) in engen Grenzen gehalten werden. Während jedes private Unternehmen, das nach 1949 enteignet worden war, nach dem Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ dem ursprünglichen Besitzer oder seinen Erben zugesprochen wurde, hatten die ostdeutschen Kommunen größte Schwierigkeiten, die als kommunale Unternehmen entstandenen örtlichen Kraft- bzw. Gaswerke wieder zurück zu erhalten. Sie konnten sich ihr öffentliches Eigentum erst nach drei Jahren Prozess und auch dann nur zu einem Teil sichern.⁶³

58. Bundesarchiv, Abteilungen Koblenz, B 136, 935, Bl. 134 ff.

59. Reimut Zohlhörer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982–1998, S. 170.

60. Ebenda, S. 171.

61. Willgerodt, Vorteile, S. 70.

62. Theo Waigel: Ohne Eigentum keine Motivation. Die Rolle der Treuhandanstalt in der DDR, in: Bayernkurier v. 29.9.1990.

63. Felix Christian Matthes: Stromwirtschaft und deutsche Einheit. Eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ostdeutschland, Berlin 2000, S. 416–492.

Was spricht gegen dieses Erklärungsmuster?

Ich habe bisher weder in den mir zur Verfügung stehenden Quellen noch in den zeithistorischen Untersuchungen Argumente gefunden, die gegen diese These sprechen.

2.4 Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel

Was spricht für dieses Erklärungsmuster:

Eines der häufigsten Argumente der Politiker war, dass ein Stufenprozess mit der Währungsunion als krönendem Abschluss, in den Alltäglichkeiten der Transformation in Schwierigkeiten geraten, stecken bleiben oder gar wieder rückgängig gemacht werden könnte.

Selbst wenn die Einführung der Marktwirtschaft auf einen Schlag, mit der Währungsunion am Anfang, ein mit Risiken belastetes Unternehmen sei, so die Argumentation, müsse man es der Schritt-für-Schritt-Einführung der Marktwirtschaft vorziehen. Willgerodt formulierte diese Haltung so: „Das oft empfohlene allmähliche und schrittweise Vorgehen, mit dem die ordnungspolitische Wende schonender vollzogen werden soll, verkennt weitgehend das zu lösende Problem ... Alle über sehr kurze Perioden hinausreichenden wirtschaftlichen Entscheidungen sind mit einer unzumutbaren und vermeidbaren Unsicherheit behaftet. Pessimismus breitet sich aus, der publizistisch übersteigert werden kann, um Befürchtungen aller Art gegenüber einer marktwirtschaftlichen Integration zu verstärken.“⁶⁴

Dieses Denken mündet letztlich in den Satz, es hätte zur Währungsunion als Mittel der Schocktherapie letztlich keine Alternative gegeben.

Was spricht gegen diese These?

Hier bieten sich Vergleiche mit Ländern an, in denen die Transformation von der Plan- in die Marktwirtschaft nicht schlagartig durchgeführt wurde, sondern schrittweise.

Der Blick auf die östlichen Nachbarn der DDR ist erhellend. Als schrittweise und nicht schlagartig wird in der einschlägigen Transformationsliteratur durchgehend das Beispiel Ungarn hervorgehoben. Polen dagegen gilt als klassisches mittelosteuropäisches Land der Schocktherapie.⁶⁵ Ungeachtet der unterschiedlichen Verfahrensweise bei der Einführung der Marktwirtschaft gibt es zwischen Polen und Ungarn heute bei der Bewältigung der Transformation nur unwesentliche Unterschiede.⁶⁶ Beide hatten Ende 2004 EU-Reife erlangt. Offensichtlich war die schrittweise Einführung der Marktwirtschaft eine brauchbare Alternative zur Schocktherapie. Ein Stufenplan hätte demnach, anders als Willgerodt meint, durchaus auch in der DDR bzw. in Ostdeutschland Erfolg haben können.

4. Zusammenfassende Beurteilung der verschiedenen Begründungen für die Durchführung der Währungsunion vom 1. 7. 1990

Untersucht wurden in diesem Beitrag sieben Erklärungsmuster dafür, warum die Währungsunion am Anfang des Wiedervereinigungsprozesses stand.

M. E. halten folgende vier Erklärungsmuster einer Überprüfung nicht bzw. im Kern nicht stand:
Von der 1. Gruppe, Politische Prozesse als Erklärungsmuster,
1.2 Ergreifen einer historisch einmaligen zeitlich begrenzten Gelegenheit zur Wiedervereinigung.
Von der 2. Gruppe, Ökonomische Prozesse als Erklärungsmuster,

64. Willgerodt, Vorteile, S. 4.

65. Herman W. Hoen: "Shock versus Gradualism" in Central Europe Reconsidered. In: Comparative Economic Studies 1/1996, S. 1–20; Hans van Ees/Harry Garretsen: The Theoretical Foundation of the Reforms in Eastern Europe: Big Bang versus Gradualism and the Limitations of Neo-Classical Theory. In: Economic Systems 1/1994, S. 1–14.

66. Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. Zur Entwicklung von Staatskapitalismus und Marktwirtschaft 1989–1999, in: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher 4/2002, S. 137–168.

- 2.1 Vertrauen auf ein bestimmtes ordnungspolitisches Rezept: das neoliberale,
- 2.2 Vertrauen auf die Gültigkeit relevanter wirtschaftspolitischer Erfahrungen in der Vergangenheit bzw. auf frühere Überlegungen,
- 2.4 Entscheidung für das kleinere wirtschaftspolitische Übel.

Es verbleiben drei Erklärungsmuster:

- 1.1 Machtpolitisches Kalkül,
- 1.3 Das Bestreben, die außerparlamentarischen Proteste zu verhindern und die politischen Vereinigungsprozesse unter Kontrolle zu halten,
- 2.3 Schaffung eines Versuchsfeldes zur Beschleunigung der neoliberalen Wende für ganz Deutschland in den alten Ländern.

Die Antwort auf die Frage, welches denn nun die wahren Motive für die Währungsunion zum gegebenen Zeitpunkt und für die durchgesetzte Umtauschhöhe waren, lässt sich m. E. nicht darin finden, dass einem der drei Erklärungsmuster der Vorzug gegeben wird, sondern ich bin vielmehr der Auffassung, dass alle drei Motive für die Platzierung der Währungsunion im Einigungsprozess eine Rolle spielten, wobei sie sicherlich unterschiedlich zu gewichten sind.

Um die Frage, ob 1.1 (das Machtkalkül) oder 1.3 (Druck der Straße) bzw. 2.3 (die Beschleunigung der neoliberalen Wende) das gewichtigste Moment für das Zustandekommen der Währungsunion am 1.7.1990 waren, bedarf es m.E. noch der Einsicht in die (bisher nicht veröffentlichten) Akten der Bundesregierung bzw. der Regierung de Maizière aus dem Jahre 1990, die nicht vor 2020 zur Verfügung stehen werden – immer vorausgesetzt, dass es im Bundeskanzleramt keine Aktenvernichtungen – ob nun per Hand oder elektronisch – gegeben hat.

Es ist demnach wahrscheinlich, dass die Bundesregierung sich in bezug auf die Währungsunion von mehreren Motiven gleichzeitig leiten ließ. Die Einigungspolitik der Bundesregierung präsentiert sich demnach weniger als großer Wurf, sondern eher als Zickzackkurs, anders ausgedrückt, als eine Mischung aus Kalkül und Konzeptlosigkeit, aus Kühnheit und Feigheit, aus konsequenter Verfolgung eines Hauptzieles und Konzentration auf Mitnahmeeffekte, aus aktiver Planung und Gestaltung von Prozessen und einer gewissen Hilflosigkeit ihnen gegenüber.

Realpolitisch gesehen war wahrscheinlich nichts anderes zu erwarten. Nur vor dem Hintergrund der seit anderthalb Jahrzehnten gepflegten Legende vom genialen „Kanzler der Einheit“ wirkt diese Einschätzung ernüchternd.

Anschrift d. Verf.: Prof. Dr. Jörg Roesler, Mellenseestr. 5, D-10319 Berlin